

Lehrer lancieren eine Qualitätsoffensive

Der notorische Personalmangel beunruhigt die Lehrerinnen- und Lehrerverbände. Jetzt setzen sie auf einen Aktionsplan.

Kari Kälin

Es ist zum sommerlichen Ritual geworden: Medien schreiben sich die Finger wund zum Thema Lehrermangel. Kantone setzen auf Personen ohne Lehrdiplom, pensionierte Lehrkräfte, stocken Pensen auf und schrauben an der Klassengrösse oder streichen Förderlektionen, um die Problematik zu entschärfen. «Nur dank Improvisation und grossem Einsatz von Schulleitungen und Teams vor Ort wird sichergestellt, dass der Unterricht immer stattfindet», sagte Dagmar Rösler, Präsidentin des Dachverbandes der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH), gestern vor den Medien in Bern. Das Dauerproblem Lehrermangel dürfte sich weiter zuspitzen. Gemäss den Bildungsperspektiven des Bundesamtes für Statistik werden bis 2031 allein auf der Primarstufe etwa 13 000 Lehrkräfte fehlen – weil nicht genug junge Menschen eine pädagogische Ausbildung in Angriff nehmen, um den Bedarf zu decken. Der LCH will jetzt mit dem Aktionsplan Bildungsqualität Gegensteuer geben. Der Personalmangel könne damit zwar nicht beseitigt, aber gelindert werden, sagte LCH-Präsidentin Dagmar Rösler.

Kantonale Volksinitiativen sind geplant

Mit dem Aktionsplan übernimmt der LCH eine koordinierende Rolle für verschiedene Aktivitäten, die den Bedürfnissen der kantonalen Lehrerverbände angepasst werden. Die Kernforderung lautet: Die Kantone sorgen auf allen Stufen flächendeckend für eine qualitativ hochwertige Bildung mit genügend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern; dafür sollen die Kantone die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Es geht also um eine Ausbildungs-offensive zur Behebung des Fachkräftemangels. Bis jetzt beteiligen sich neun kantonale



Das Dauerproblem: Schweizer Schulen bekunden Mühe, genügend Pädagoginnen und Pädagogen zu finden.

Bild: Peter Schneider/Keystone

Lehrerverbände am Aktionsplan. In den Kantonen Aargau und Bern wollen die Verbände Anfang nächsten Jahres Volksinitiativen lancieren. «Es braucht Druck auf Verfassungsstufe, hohe Bildungsqualität hat ihren Preis», sagte Kathrin Scholl, Präsidentin des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands (alv) vor den Medien. Die Verbände in den Kantonen Nidwalden, Obwalden, Luzern, Schaffhausen, Schwyz und Graubünden versuchen, ihren Forderungen mit Petitionen und anderen politischen Mitteln Nachdruck zu verleihen. Beim Zuger Lehrerverband stehen eine Initiative oder eine Petition zur Debatte, ein Entscheid fällt voraussichtlich im nächsten Frühjahr.

Am Ursprung der politischen Offensive des LCH steht die Sorge um die Bildungsqualität. Genährt wird sie durch die Tatsache, dass viele Kantone diplomlose Lehrpersonen engagieren, um die Lücken in den Klassenzimmern zu schliessen. Der LCH sei diesen Personen dankbar, dass sie in einer akuten Notsituation das Risiko auf sich nähmen, sagte LCH-Präsidentin Dagmar Rösler. Solch provisorische Lösungen dürften aber nicht zur Norm werden, weil eine Verwässerung den Anforderungen an den Beruf eine Abwärtsspirale in Gang setze – und letztlich dessen Attraktivität schmälere.

Im Kanton Bern unterrichten gut 15 000 Personen an der Volksschule. 2500 stünden ohne Qualifikation im Einsatz,

viele andere seien unzureichend ausgebildet, etwa im heilpädagogischen Bereich, sagte Stefan Wittwer, Geschäftsführer von Bildung Bern. Und: «Was würden wir zu 10 bis 20 Prozent unausgebildeten Buschauffeuren sagen? Was zu 10 bis 20 Prozent unausgebildeten Ärzten?»

Überlastet wegen anspruchsvoller Eltern

Der LCH verlangt schliesslich ein ganzes Bündel an Massnahmen, um die Bildungsqualität zu sichern. Lehrerinnen und Lehrer sollen von administrativen Aufgaben entlastet werden, damit sie sich vermehrt dem Unterricht widmen können. Dafür brauche es mehr Ressourcen für die Schulleitungen. Gefordert wird auch eine Reduktion der Lektio-

nen für Klassenlehrer, kleinere Schulklassen, eine Ausbildungspflicht für Lehrpersonen ohne Diplom, mehr Ausbildungsplätze an den pädagogischen Hochschulen oder mehr Unterstützung beim Berufseinstieg. Auch höhere Löhne sind ein Thema. Die Unterschiede zwischen den Kantonen seien stossend und führten dazu, dass sie sich gegenseitig Lehrkräfte abjagten. «Kantone mit tiefen Löhnen müssen nachziehen, insbesondere auf unteren Stufen, wo die Löhne nicht mehr den gestiegenen Anforderungen entsprechen», schreibt der LCH.

Im Auftrag des LCH hat das Forschungsinstitut Sotomo im Juni eine repräsentative Umfrage zum Thema Lehrermangel durchgeführt. Tiefe Löhne

erachten nur 22 Prozent als wichtigen Grund für das Problem. Als wichtigste Ursache betrachten die Befragten die Überlastung der Lehrer, hervorgerufen durch anspruchsvolle Eltern und verhaltensauffällige Kinder. Die hohen gesellschaftlichen Ansprüche, der Prestigeverlust des Berufs und das hohe Reformtempo werden als weitere relevante Gründe für die Problematik identifiziert.

Interessant: Etwa zwei Drittel der Befragten taxieren die Bildungsqualität als eher hoch bis sehr hoch. Am tiefsten ist dieser Wert ausgerechnet bei Eltern mit Kindern im Schulalter. Die Direktbetroffenen stufen auch das Personalproblem an der Volksschule als schwerer ein als die Gesamtbevölkerung.

Bundesrat sorgt bei der EU für Verwirrung

Bern will mit Brüssel verhandeln, sieht sich aber nicht an das Resultat der Sondierungsgespräche gebunden.

Remo Hess, Brüssel, und Stefan Bühler

Nachdem der Bundesrat am Mittwoch grünes Licht gegeben hat, ist der EU-Fahrplan eng getaktet: Schon am 15. Dezember soll die Landesregierung das provisorische Mandat für einen Neuanlauf mit Brüssel verabschieden und es anschliessend den Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments vorlegen. Die formellen Verhandlungen über eine institutionelle Lösung und neue bilaterale Abkommen könnten dann Anfang März beginnen.

Was genau im Schweizer Verhandlungsmandat stehen wird, ist aber noch nicht entschieden. Nach der Kritik der Gewerkschaften, die Diploma-

ten von Aussenminister Ignazio Cassis hätten in den Sondierungsgesprächen Fakten geschaffen und damit ihre Kompetenzen überschritten, geht man jedenfalls über die Bücher. Gemäss Informationen von CH Media hatten mehrere Bundesräte in der Sitzung am Mittwoch interveniert und darauf bestanden, dass die im Schlussdokument zu den Sondierungen skizzierten Landezonen kein Vorentscheid für die künftigen Verhandlungen seien.

Weiss man bereits, dass es neue Probleme gibt?

Im Brief an EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen, der von Bundespräsident Alain Berset und Bundeskanzler Walter Thurnherr unterschrieben



«Keine Roten Linien»: Aussenminister Ignazio Cassis. Bild: key

ist, wurde gemäss mehreren Quellen in letzter Minute eine relativierende Formulierung hinzugefügt. Demnach weist der Bundesrat darauf hin, dass

der Inhalt der Sondierungsgespräche für die Schweiz «keine Roten Linien» darstellen würden.

Auf Deutsch heisst das: Die Schweiz anerkennt zwar das Resultat der Sondierungen, sieht sich aber nicht abschliessend daran gebunden und behält sich vor, gemachte Zugeständnisse wieder zu kassieren oder neue Forderungen auf den Tisch zu legen. Ob die Relativierung aus staatspolitischen Erwägungen erfolgt – noch haben Parlament und Kantone kein Mandat konsultiert – oder weil man bereits weiss, dass zusätzliche Probleme besprochen werden müssen, bleibt unklar. Zur Verbindlichkeit der Sondierungen sagt Bundesratsprecher André Simonazzi: «Die Landezonen sind

nicht das Ergebnis von Verhandlungen, sondern das Ergebnis der Sondierungsgespräche. Die Verhandlungen müssen noch stattfinden und offene Punkte darin geklärt werden.»

In Brüssel sorgt die gemischte Botschaft des Bundesrats dem Vernehmen nach für Verwirrung. Immerhin hat man gerade deshalb mit der Schweiz eineinhalb Jahre intensive Sondierungsgespräche geführt und die Ergebnisse schriftlich festgehalten, um dann bei den eigentlichen Verhandlungen keine bösen Überraschungen zu erleben. Eine Wiederholung der Geschichte mit dem Rahmenabkommen, wo die Schweiz nach jahrelangen Verhandlungen im Frühjahr 2021 brüsk den Stecker gezogen hat, soll unter allen

Umständen verhindert werden. Dass das gemeinsame Verständnis der Sondierungen für die EU-Seite sehr wohl massgeblich ist, hält ein EU-Sprecher fest: Es sei für die Schweiz wie auch die EU sehr wichtig und «die Basis, auf der wir ein formelles Mandat einholen werden». Der Hintergrund: Auch die EU-Kommission muss sich von den Mitgliedsstaaten grünes Licht für neue Verhandlungen geben lassen. Wie beim Bundesrat setzt das EU-Mandat den Rahmen dessen, was für die EU-Kommission machbar ist. Will die Schweiz nun wieder über Dinge verhandeln, die ausserhalb der in den Sondierungen definierten Landezonen liegen, riskiert sie, dass die Gespräche rasch in die Sackgasse geraten.